

Aufrüstung und Sozialabbau

Dr. Carola Bielfeldt, geb. 1946, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fach Politische Wissenschaften an der Universität Duisburg. Sie beschäftigt sich insbesondere mit Fragen der Friedens- und Konfliktforschung.

Wirtschaftliche Lage, Haushaltsentwicklung und Haushaltsgestaltung

Die gegenwärtige langanhaltende Wirtschaftskrise verknüpft die finanziellen Mittel der öffentlichen Haushalte. Steuerausfälle vermindern die Einnahmen. Die hohe Arbeitslosigkeit erfordert wachsende Mittel für soziale Leistungen auf der Ausgabenseite, doch scheinen gerade dieser Dynamik Grenzen gesetzt. Der Hinweis darauf, daß „wir alle in schlechten Zeiten den Gürtel enger schnallen müssen“, auf die individuelle Sicht des Hausvaters zugeschnitten, der nicht mehr ausgeben kann als er in den Taschen hat, wird auf die gesamtwirtschaftliche Sicht hin so modifiziert, daß ein (zu) dicht geknüpftes „soziales Netz“ zu luxuriös für die gegenwärtig schlechten Zeiten sei. Damit korrespondiert eine Wirtschaftspolitik, die unter Hinweis auf die steigende Staatsverschuldung das bisherige „Leben über unsere Verhältnisse“ auf das finanzierbare Maß reduzieren, finanzielle Engpässe nicht durch zusätzliche Mittel-

aufnahme bearbeiten will. Über das Ausmaß dessen, was an sozialer Sicherung notwendig und „unseren Verhältnissen gemäß“ ist, ließe sich abstrakt länger streiten. Jedoch ist für die Formulierung und Durchsetzung von Politik bzw. für eine Prioritätenverschiebung innerhalb der Politik ein abstraktes Maß mit Sicherheit weniger relevant als mögliche Legitimationsprobleme. Gerade im sozialen Bereich sind die vielfältig betroffenen Interessen - auch von den Gewerkschaften - nur schwer zu organisieren. Die gerade jetzt zunehmend benachteiligten Individuen und Gruppen sind aufgrund ihrer Machtmittel wenig konfliktfähig, so daß bisher die Schwelle delegitimatischer Konflikte durch Sozialabbau nicht erreicht wurde.

Damit wäre argumentativ der Zusammenhang zwischen knappen Finanzen, Wirtschafts-, d. h. Sparpolitik und Sozialabbau hergestellt - auch ohne Bezug auf die Rüstungsausgaben. Erfolgen somit die Einsparungen im Sozialsektor nur wegen des allgemeinen Zwangs zum Sparen? „Gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn“ stellt Verbindungen zwischen beiden her. Es ist die Anklage, daß in Zeiten leerer Kassen die Rüstungsausgaben ungekürzt bleiben; der Protest dagegen, mit Verzicht auf soziale Leistungen das Wachstum der Rüstungsausgaben finanzieren zu müssen; die Forderung, die Mittel für Beschäftigungsprogramme durch Rüstungskürzungen bereitzustellen. Erfolgt der Sozialabbau also derzeit, um die Rüstung zu finanzieren?

In der Tat zeigt die Haushaltsgestaltung gegenwärtig, daß ebenso selbstverständlich, wie die Dynamik der Sozialausgaben als bremsbar, als manipulierbar angesehen wird, die Dynamik der Rüstungsausgaben als durch Sachgesetzmäßigkeiten festgelegt dargestellt wird. Dem Argument steht nicht entgegen, daß Kürzungen geringeren Umfangs im Sinne effektiveren Wirtschaftens auch hier vorgenommen werden: Treibstoffeinsparungen etwa oder gerade auch Personalkostenkürzungen - Sozialabbau auch in der Bundeswehr. Selbst einzelne Beschaffungsprogramme wurden gestreckt oder sogar vorerst ausgesetzt. Dies betrifft jedoch nur die absolut nicht mehr finanzierbaren Spitzen. Die Bundeswehr befindet sich mit ihren laufenden Beschaffungsprogrammen in - nach der spektakulären Diskussion um die MRCA-Tornado-Finanzierungslücke - heute nicht mehr zu übersehenden Finanzierungsengpässen. Gerade an diesem Kampfflugzeug, das nur ein Teil der umfassenden Neuausrüstung der Bundeswehr mit Großwaffensystemen ist, wird deutlich, daß die tatsächlich für die nächsten Jahre zu erwartenden Kosten alle bisherigen Finanzplanungen sprengen dürften. Der Stückpreis pro Flugzeug ist mit 95 Millionen mittlerweile nicht nur ca. zehnmal so hoch wie der des Starfighters, sondern auch fast zehnmal so hoch wie der Preis des ursprünglich geplanten Flugzeugs.¹ Da die Ansät-

¹ H. Wulf, Vorschläge zur Ausgabenkürzung im Rüstungshaushalt, in: WSI-Mitteilungen H. 10/1982. S. 615

ze der mittelfristigen Finanzplanung erwartete Preissteigerungen nicht berücksichtigen können (Preisstand bei Jahresende), verlieren bei derartigen Preissteigerungen die Plandaten jeden Realitätsbezug. Sind also laut Planung bis 1985 20 Milliarden DM für die neue Waffengeneration veranschlagt (insgesamt 65 Milliarden)², so dürften in der Realität weit höhere finanzielle Belastungen zu erwarten sein. Mit Hilfe struktureller Veränderungen im Verteidigungshaushalt selbst können solche Trends nicht fortgeschrieben werden. Schließen noch dazu wirtschaftspolitische Grundsatzabwägungen zusätzliche Staatsverschuldung aus, kann nur innerhalb des Gesamthaushalts umgeschichtet werden. D.h., wenn aufgrund des vorgegebenen militärischen Bedarfs die Rüstungsausgaben überdurchschnittlich steigen *müssen*, so müssen andere Ausgaben unterdurchschnittlich wachsen oder gar schrumpfen. Einsparungen im sozialen Bereichen „finanzieren“³ so die Rüstungsausgaben.

Die Sozialpolitik und die „Kosaken“

Ist der Zusammenhang von Wirtschaftskrise, Mindereinnahmen, Staatsverschuldung und generellem Spargebot ein ökonomischer, allerdings ein wirtschaftstheoretisch und wirtschaftspolitisch kontrovers diskutierter Zusammenhang, so sind Ausmaß und Verteilung von Wachstums- und Schrumpfraten im Haushalt eine eminent politische Entscheidung - diese natürlich problematische Trennung soll hier einmal gemacht werden. Hieraus ergeben sich unterschiedliche Ansatzpunkte und Überlegungen für Gegenstrategien. Im Rahmen des ersten Problemkreises wird - insbesondere auch auf Seiten der Gewerkschaften - programmatisch und politisch praktisch gekämpft für eine grundsätzlich andere Wirtschaftspolitik, um Beschäftigungsprogramme, beschäftigungsorientierte Struktur- und Technologiepolitik, Arbeitszeitverkürzung, erweiterte Mitbestimmung. Der Protest gegen soziale Demontage verbindet dabei die ökonomische mit der politischen Fragestellung, unabhängig davon, ob er mit dem Protest gegen Rüstung verbunden wird oder nicht.⁴ Denn jede Realisierung anderer Einsparungsmöglichkeiten, ob Arbeitsmarktabbau, Erhöhung der Spitzensteuersätze, Unterbindung von Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug oder aber Verminderung der Rüstungsausgaben verlangt eine Änderung der politischen Prioritäten.

Konkret, da die derzeitige Priorität bei den Rüstungsausgaben eine politische ist, ist wachsenden Rüstungsausgaben mit moralisch, aber auch ökonomisch ansetzender Kritik kaum beizukommen. Zum einen ist unmittelbar plau-

² ebenda

³ Diese Aussage ist natürlich unpräzise. Ausgabensteigerungen und Einsparungen sind prinzipiell nicht zurechenbar.

⁴ Die folgende Darstellung und Kritik gewerkschaftlicher Positionen zu diesem Zusammenhang bezieht sich im wesentlichen auf die „Umfrage unter Vorstandsmitgliedern der Gewerkschaften: Ist die Rüstung noch bezahlbar? Wieviel Sozialabbau ist noch zumutbar?“, abgedruckt in: Die Mitbestimmung H. 12/1982. S. 449-451

sibel, daß die bloße Charakterisierung der Rüstungsausgaben als „unverantwortlich hoch“, „übertrieben“, als Rüstungswahnsinn, oder auch der Hinweis auf die Fragwürdigkeit jeglichen Rüstungsaufwands angesichts der Millionen sterbender Kinder in der Dritten Welt - so prinzipiell wichtig und richtig diese Wiederholungen sind - in ihrer politischen Wirksamkeit begrenzt sind, da sie die herkömmliche Legitimation dieser Ausgaben nicht in Frage stellen. Auch die Einbeziehung der ökonomischen Dimension zum anderen, die in der derzeitigen Diskussion einen breiten Raum einnimmt, leistet dieses nicht. Genügend ist, theoretisch und empirisch belegt, auf die ökonomisch schädlichen Wirkungen von Rüstung bzw. auf die Vorteile alternativer ziviler Verwendung der Mittel hingewiesen worden, etwa die höhere Effektivität ziviler Forschung, die vergleichsweise höheren Beschäftigungseffekte der Ausgaben anderer staatlicher Funktionsbereiche. Derlei Hinweise sind vielleicht immer wieder notwendig, um noch vorhandene gegenteilige Vorurteile abzubauen. Jedoch auch mit jedem aufgeklärten Vertreter der herkömmlichen Sicherheitspolitik läßt sich darüber binnen kurzem Einigung erzielen; der allerdings wird darauf hinweisen, daß Rüstungspolitik nie den Anspruch erhoben hat, etwa optimale Beschäftigungspolitik zu sein. Folgendes Zitat zeigt das Dilemma der ökonomischen Argumentation beispielhaft: „Wenn es stimmt, daß Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung unser Hauptproblem Nr. 1 ist..., dann erscheint es geboten, daß man die Hauptposten staatlicher Ausgabenpolitik auf ihren Beitrag dazu abklopft. Es ist bekannt..., daß durch Rüstungsausgaben vergleichsweise extrem wenig industrielle Arbeitsplätze geschaffen bzw. erhalten werden. Der Rüstungsetat steigt gleichwohl auch 1983 mit ca. 4 vH überproportional an.“⁵ Der Rüstungsetat steigt an - unabhängig davon, ob er zur Beschäftigungspolitik taugt oder nicht-, weil eben nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die „Erhaltung der äußeren Sicherheit“, die Erfüllung militärischer Planungen von den politisch Verantwortlichen als Hauptproblem gesehen wird. Die aus der Haushaltsgestaltung ersichtliche Prioritätensetzung lautet kurzgefaßt: „Was nützt die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen!“

Sicherheit und Sicherheitspolitik

Solange dies nicht nur die Richtschnur der Regierenden ist, sondern auch bei weiten Teilen der Bevölkerung die „Kosaken“ mehr Angst auslösen als Arbeitslosigkeit und Demontage des sozialen Netzes, bleiben alle alternativen Berechnungen im Zugriff auf den Rüstungsetat zwar rechnerisch plausibel, aber politisch wenig brisant. Rüstungsausgaben verzeichnen ständige Zuwächse, nicht etwa weil kapitalistische Wirtschaftssysteme systemnotwendig auf wachsende Rüstung angewiesen sind, auch nicht, weil eine wie auch immer ge-

⁵ „Mitbestimmung bei den Produkten oder Tanz auf dem Vulkan“. Editorial zu: Die Mitbestimmung H. 12/1982. S. 428

artete „Rüstungsmafia“ *ursächlich* dazu beiträgt, sondern weil bisher mit Rüstungspolitik - sicherheitspolitisch legitimiert - *weitgehend konfliktfrei* eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen befriedigt, zahlreiche unterschiedliche politische Ziele verfolgt werden konnten.⁶ Konfliktfrei war die Politik bisher deshalb, weil darüber, daß - und im wesentlichen auch wie - militärische Sicherheitspolitik betrieben werden soll, eine weitgehende Übereinstimmung in der Gesellschaft bis heute besteht. Das Auftreten der Friedensbewegung, verbunden mit finanziellen Restriktionen, könnte diesen Konsens bedrohen und dazu beitragen, daß der Status quo, d. h. die bestehende Prioritätensetzung nicht mehr kritiklos fortgeschrieben wird.

Das heißt, wenn von den Gewerkschaften Aufrüstung und Sozialabbau in einem Atemzug angeprangert werden, muß die sicherheitspolitische Legitimation kritisch diskutiert werden. Es muß aufgezeigt werden, wie es anders gehen sollte. Hier sind derzeit - völlig unzureichend allerdings - zwei Ansätze erkennbar:

- „Der soziale Friede hat für uns mindestens den gleich hohen, wenn nicht höheren Rang als das militärische Gleichgewicht. Rüstung gefährdet nicht nur den äußeren, sondern auch den inneren Frieden“⁷ und „Wir müssen fragen, was an einer Wirtschaftsordnung ‚verteidigungswert‘ ist, die Massenarbeitslosigkeit, sinkende Realeinkommen und immer schlechter werdende soziale Dienstleistungen produziert.“⁸ Dies ist der notwendige Hinweis auf die *beiden* Komponenten der Sicherheitspolitik: Die äußere Sicherheit ist nicht zuletzt abhängig von der inneren Stabilität der Gesellschaft. Dies rechtfertigt jedoch nicht das Vertrauen darauf, die verantwortlichen Politiker würden schon im eigenen Interesse irgendwann den „Umverteilungsprozeß“ stoppen. Das Ergebnis wären allemal drastisch verschlechterte soziale Verhältnisse. Wer abwartet, senkt noch dazu diese Schwelle, da sie nicht strukturell vorgegeben, sondern politisch beeinflussbar ist.
- Hier liegt die enorme Wichtigkeit der zweiten, nur ansatzweise vorgetragenen Art der Kritik, die allein geeignet ist, den erforderlichen Druck in Richtung auf eine Änderung der politischen Prioritäten auszuüben, der Aufnahme der sicherheits- und militärpolitischen Diskussion. „Wir wissen, daß mehr Waffen nicht gleichzeitig mehr Sicherheit bedeuten, schon gar nicht, wenn dadurch der Spielraum für andere Maßnahmen und Reformen immer enger wird und dadurch der soziale Frieden in Gefahr gerät.“⁹ Auch hier liegt zwar, wie im vorigen Zitat, das Schwergewicht auf der Andeutung dro-

6 S. dazu ausführlich: C. Bielfeldt, P. Schlotter, Die militärische Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Einführung und Kritik, Frankfurt, New York 1980

7 G. Döding, in Beantwortung der Fragen (s. Fn. 4), S. 451

8 Ch. Götz, in Beantwortung der Fragen (s. Fn. 4), S. 450

9 G. Benz, in Beantwortung der Fragen (s. Fn. 4), S. 451

hender sozialer Instabilität. Der deklamatorische Charakter des ersten Teils der Äußerung könnte jedoch durch eine fundierte sicherheitspolitische Kritik politisch brisant werden. Nur wenn mehr Waffen uns nicht sicherer machen (warum nicht?) oder das militärische Gleichgewicht weniger wichtig ist als anderes (dies ist ein Angriff auf die zentrale sicherheitspolitische Kategorie!), ist weniger für Rüstung, mehr für Soziales hier und heute möglich.

Daß hier die Kritik über Andeutungen nicht hinausgeht, ist das zentrale Defizit der gewerkschaftlichen Argumentation. Alle hier genannten Stellungnahmen gewerkschaftlicher Vorstandsmitglieder zum Thema „Aufrüstung und Sozialabbau“ gipfeln als politische Empfehlung in dem Hinweis auf die gewerkschaftliche Forderung nach Abrüstung (und Entspannung), wohlgermerkt nach einer „allgemeinen, ausgewogenen und kontrollierten Abrüstung“, auf das gewerkschaftliche „umfassende Engagement für die Abrüstung in Ost und West“. Als säßen die Politiker nicht seit mehr als 10 Jahren über diesem Thema zusammen; als gäbe es nicht genügend (nicht einmal nur) kritische Analysen zu dem Thema, die sich im wesentlichen nur in dem Punkt uneinig sind, ob die Verhandlungen deshalb erfolglos bleiben, weil eine Einigung technisch nicht möglich ist oder die Beteiligten zu Kürzungen oder Begrenzungen nicht bereit sind. Mit der Forderung nach allgemeiner ausgewogener Abrüstung entziehen sich die Gewerkschaften der politischen Verantwortung - indem sie sie den Politikern zuweisen - und machen gleichzeitig ihre eigene Forderung nach mehr Sozialem und weniger Rüstung unglaubwürdig. Wenn Rüstungskürzungen erst ausgewogen vereinbart werden müssen, dann sind mit dieser Formel die wesentlichen Faktoren sicherheitspolitischer Rüstungsdynamik akzeptiert: Gleichgewicht zumal und die „Zwänge“, sich „verhandlungsfähig nachzurüsten“. Dann sind die derzeitigen Rüstungsmaßnahmen, wenn auch vielleicht nicht sicherheitspolitisch, so doch zumindest rüstungskontrollpolitisch notwendig. Macht aber andererseits schon heute mehr Rüstung uns nicht sicherer, hat sich das militärische Gleichgewicht als eine durchaus fragwürdige Kategorie herausgestellt, die dazu angetan ist, das Aufrüsten zur Voraussetzung der Abrüstung zu machen, müßten Rüstungstopp oder Rüstungskürzungen schon heute nötig und möglich sein.

Um diese Widersprüchlichkeit aufzulösen, ist es notwendig, die sicherheitspolitischen Prämissen zu diskutieren. Warum ist mehr Rüstung unnötig, wieviel an Rüstung verlangt das bestehende sicherheitspolitische Konzept und wodurch bestimmt sich das *notwendige* Maß an Rüstung? Jenseits welcher „sicherheitsrelevanter“ Grenzen ist Rüstung eine interpretierbare, interessengebundene Größe? Unter welchen militärischen und politischen Bedingungen kann in der Bundesrepublik Deutschland die militärische Sicherheitspolitik Sicherheit überhaupt gewährleisten? Liefern andere Konzepte mehr Sicher-

heit (zu geringeren Kosten)? Was bedeutet militärisches Gleichgewicht konkret? Besteht Gleichgewicht und hat es jemals bestanden? Wenn die Fixierung auf ein imaginäres Gleichgewicht zum fortgesetzten Nach- und Zurüsten imaginärer Lücken führt, was ist die Alternative? Während außerhalb der Gewerkschaften - auch von gewerkschaftlich Organisierten - die notwendige, aber jahrzehntelang versäumte Diskussion der Sicherheitspolitik und möglicher Alternativen in Gang kommt, während über Kritik der „flexible response“ und Abschreckung, atomwaffenfreie Zonen, Kriterien für Vorleistungen, auch Bedrohtheitsvorstellungen. Sicherheitsbedürfnisse debattiert wird, steht im Mittelpunkt der Entschließung des 12. ordentlichen Bundeskongresses des DGB zur Friedens- und Sicherheitspolitik das überkommene Verhandlungskonzept als politische Empfehlung; und kein Hinweis findet sich darauf, daß die Rüstungskontrollkritik in den Gewerkschaften zur Kenntnis genommen würde. Ist die Realisierung der Forderung „Gegen Aufrüstung und Sozialabbau“ wirklich erst möglich nach oder mit Hilfe von internationalen Arrangements?

Eine derartige sicherheitspolitische Diskussion jenseits von Appellen für Frieden. Entspannung und Entwicklung innerhalb der Gewerkschaften ist ein Stück mehr „politisches“ Engagement. Es ist notwendig im Interesse der eigenen Glaubwürdigkeit. Die Forderung nach Rüstungsabbau, verbunden mit der Forderung nach Verhandlungen, bewegt nichts.

Verbesserte soziale Sicherheit, Abrüstung, Konversion

Im gewerkschaftlichen Diskussionszusammenhang von Aufrüstung, Abrüstung und Alternativen bekommen die Konversionsforschung und die programmatische Forderung nach Konversionsplanungen in den letzten Jahren vermehrtes Gewicht. Der Zwang, sich im Zusammenhang mit der Forderung nach Rüstungsabbau mit Fragen der Umstellung von Produktionskapazitäten auf zivile Produktion zu beschäftigen, ergibt sich dabei aus zwei unterschiedlichen Überlegungen. Zum einen kann es nicht gewerkschaftliche Politik sein, Abrüstung - wie und in welchem Ausmaß auch immer - ohne Rücksicht auf die Arbeitsplatzinteressen der Rüstungsbeschäftigten zu fordern. Zum anderen sollen durch das Aufzeigen der betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Machbarkeit ökonomisch bedingte Widerstände gegen Abrüstung, Lobbyismus abgebaut und für die Abrüstung mobilisiert werden. Da die Arbeitsplätze der Rüstungsbeschäftigten im Vordergrund stehen, ist die betriebliche Analyseebene beherrschend; Voraussetzungen, Strategien und Konsequenzen der Konversion werden betriebsbezogen diskutiert. Hier lägen, so wird behauptet, die größten Probleme. Gesamtwirtschaftlich ließe sich bei dem letztlich geringen Umfang der Rüstungswirtschaft (ca. 200 000 bis 230 000 Beschäftigte, 2 Prozent der Industrieproduktion) und angesichts höherer Beschäftigungswir-

kungen anderer Staatsausgaben¹⁰ das Abrüstungsproblem modelltheoretisch leicht lösen.

Dieser Auffassung entspricht der betriebliche Ansatzpunkt gewerkschaftlicher Aktivität; in einzelnen Rüstungsunternehmen entstehen Umstellungskomitees, in denen über alternative zivile Produktionsmöglichkeiten nachgedacht wird. Wohlgermerkt, die Art der alternativen Produkte wird völlig legitimerweise bestimmt durch die betriebsspezifischen produktionstechnischen Gegebenheiten. Für den Fall, daß Abrüstungsschritte möglich werden, auch schon, daß ein Rüstungsnachfolgeprogramm entfällt, sollen unter möglichst weitgehender Beibehaltung von Anzahl und Qualifikation der Beschäftigten die betroffenen Betriebe zivil weiterproduzieren.

Die Parole „Gegen Aufrüstung und Sozialabbau“ mit der gewerkschaftlichen Forderung nach betrieblicher Konversion in Einklang zu bringen, erscheint in vielfältiger Hinsicht problematisch. Sind beide Forderungen überhaupt miteinander vereinbar? Legt man den beim Protest gegen Sozialabbau verwendeten Begriff sozialer Leistungen sehr weit aus, so daß er etwa auch eine „sozialere“ Wirtschaftspolitik, eine intensiviertere Beschäftigungspolitik beinhaltet, so hängen die Probleme zunächst mit zwei dementsprechenden Thesen aus der Konversionsliteratur zusammen: Rüstung vernichtet, Abrüstung schafft Arbeitsplätze, und: Abrüstung verbessert die gesellschaftliche Versorgung mit sozial nützlichen Gütern.

- Kann allgemein Konversion als eine neue, beschäftigungsorientierte Strukturpolitik mit auch gesamtwirtschaftlich akzeptablen Ergebnissen angesehen werden? Viele Konversionsüberlegungen gehen davon aus, daß der Staat zur Erhaltung der betroffenen Arbeitsplätze die Umstellung finanziert bzw. die alternative Produktion abnimmt (sozial nützliche Güter). Sollten überhaupt finanzielle Mittel zur Verfügung stehen - etwa bei Abrüstungsschritten, bei Ausfall eines Nachfolgeprogramms wegen Nichtfinanzierbarkeit ist nichts verteilbar -, werden diese gemäß Konversionserfordernissen eingesetzt. D. h. , mehr Arbeitsplätze für Bauarbeiter oder Lehrer, die auch auf die Abrüstung hoffen, sind kaum erwartbar. Die Tatsache, daß mit derselben Ausgabensumme in anderen arbeitsintensiveren Branchen mehr Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen werden könnten, zeigt die Problematik der Konversion als gewerkschaftlicher Forderung¹¹, zeigt gleichzeitig

¹⁰ Nachdem sich bei Überprüfung einer Quelle ergeben hat, daß sie trotz vielfachen Zitierens als Beleg für eine besonders geringe Arbeitsintensität von Rüstung nicht verwendet werden kann (J. Schmidt, Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung. DIW Beiträge zur Strukturforschung H. 46/1977). bin ich geneigt, dies wieder als offene Frage zu behandeln

¹¹ Konversion hier verstanden als eine allgemeine, nicht nur auf den Abrüstungsfall bezogene Politik zur Bearbeitung von Strukturkrisen.

aber auch, daß Konversion eher eine politische Strategie zum Abbau von Widerständen gegen Abrüstung und Lobbyismus bei den Beteiligten ist, als eine optimale Beschäftigungspolitik.

- Ähnlich problematisch ist der Anspruch, über Konversion die Versorgung mit sozial nützlichen Gütern zu verbessern. Es ist gar nicht notwendig, sich abstrakt über die mangelnde Definierbarkeit des Begriffs sozialer Nützlichkeit auszulassen. Konkret auf den Abrüstungsfall bezogen erscheint fraglich, ob bei allen Abrüstungsbefürwortern oder auch nur innerhalb der Gewerkschaften geregelt werden kann, ob sich die Segnungen der Abrüstung in Meerwasserentsalzungsanlagen für die Dritte Welt und/oder in mehr Eisenbahnen und Bussen und/oder in Sonnenkollektoren, oder doch lieber in Zweitwagen und Eigenheimen (Steuersenkungen oder Subventionen) niederschlagen sollten - oder aber in mehr Geld für die Arbeitslosen. Sind die allgemeinen gesellschaftlichen Erwartungen mit den betrieblichen Konversionsnotwendigkeiten vereinbar?¹²

An dieser Stelle spitzt sich das Problem, Sozialabbau anzuprangern und Konversion zu fordern, zu. „Gegen Sozialabbau“ im engeren, im eigentlichen Sinne bedeutet: Besitzstandsicherung für alle Beschäftigten und Arbeitslosen, Arbeitszeitverkürzung, mehr Geld für die sozial Benachteiligten, Krankenversicherung, Bafög, Mutterschutz. Konversionsplanungen erfassen diese Alternativen nicht. Soll der Staat bei Abrüstungsschritten mit finanziellem Aufwand die Arbeitsplätze der Betroffenen sichern, so sind die Mittel gebunden - für plausible Dinge zwar, wie Umweltschutz, öffentlicher Nahverkehr, alternative Energiegewinnung-, doch entsprechen diese den Vorstellungen derer, die gegen Sozialabbau kämpfen? Sind nicht die beiden gewerkschaftlichen Forderungen in dem Sinne widersprüchlich, daß dasselbe Geld zweimal ausgegeben wird?

Diese Widersprüchlichkeit muß überwunden werden, soll eine politisch wirkungsvolle gewerkschaftliche Strategie für Abrüstung entwickelt werden. Geklärt werden muß insbesondere, inwieweit mit staatlichem Engagement bei Konversion (allemal finanziell, ob Nachfrage oder Subvention) gerechnet werden kann/muß. Ohne Einbezug des Staates wird Konversion ihrer Besonderheiten beraubt, zu einem Mitbestimmungsproblem, anderen vergleichbar. Ist dies die Lösung?

Weite Teile der Kirchen haben die Notwendigkeit erkannt, sich jenseits von Gebot und Bergpredigt zu Themen wie Atomwaffen und Verteidigungsstrategie schlau zu machen. Die Gewerkschaften unterliegen - mit allem Vor-

¹² Zu den genannten Problemen ausführlich: C. Bielfeldt. Ökonomische Probleme der Abrüstung- Konversion?, in: Politische Vierteljahresschrift, H. 2/1982. S. 225-248.

KLAUS MEHRENS

behalt - dem gleichen Zwang. Weder Konversionsplanungen noch Beschwörung der sozialen Demontage verhindern die Auf- und Weiterrüstung, sondern allein die kompetente sicherheitspolitische Kritik. Im Interesse der eigenen Glaubwürdigkeit ist es höchste Zeit, daß die Gewerkschaften diese Diskussion aufnehmen.